

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Nach Übernahme

EU erinnert Twitter-Chef Musk an Gesetz über digitale Dienste

Seite 3

IM FOKUS

Erweiterung

Energie-Hilfen für Länder des westlichen Balkans angekündigt

Seite 4

Europa vor Ort

Gendergerechtes Haushalten wird gefördert

Seite 6



Im ägyptischen Scharm El-Scheich überprüfen die Teilnehmerländer ihre Klimaziele anhand aktualisierter nationaler Beiträge und entwickeln ein Arbeitsprogramm für einen ehrgeizigeren Klimaschutz.

© Shutterstock

UN-KONFERENZ COP27

EU unterstreicht Vorreiterrolle beim Klimaschutz

Zum Auftakt der UN-Klimakonferenz COP27 im ägyptischen Scharm El-Scheich hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf Fortschritte gedrungen. „Das Klima verändert sich rascher, als wir uns daran anpassen können. Die Welt muss besser und schneller handeln.“ Gleichzeitig hat die Europäische Union ihre Vorreiterrolle beim Klimaschutz untermauert.

> Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament einigten sich auf strengere nationale Klimaziele für die Bereiche Verkehr, Gebäude, Abfall und Landwirtschaft. Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans begrüßte die Einigung und erklärte: „Es ist ein starkes Signal an die COP27, dass die EU die notwendigen Maßnahmen ergreift, um ihre Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent zu senken.“

Die UN-Klimakonferenz in Scharm el-Scheich dauert noch bis zum 18. November. Die EU dringt bei den Beratungen auf konkrete Schritte zur Umsetzung der Beschlüsse der UN-Klimakonferenz von Paris. Dort hatten sich 2015 knapp zweihundert Staaten völkerrechtlich verbindend verpflichtet, den Anstieg der Erderwärmung bis Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen und möglichst 1,5 Grad anzustreben. Klimaexpertinnen und -experten mahnen, die globalen Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um 45 Prozent zu senken. Timmermans sagte:

„Die COP27 muss ein Anpassungsprogramm verabschieden, das sich stärker auf die Reduzierung von Emissionen in diesem entscheidenden Jahrzehnt konzentriert.“ Um Fortschritte im weltweiten Klimaschutz zu erreichen, dringt die EU zudem auf ein Auslaufen der Kohleförderung und ein Ende staatlicher Subventionen für fossile Energieträger.

Von der Leyen unterzeichnete in Scharm el-Scheich erste Initiativen, um Investitionen in erneuerbare Energien zu forcieren und den Klimaschutz weltweit voranzutreiben, wie zum Beispiel:

> **Wasserstoff-Initiative:** Wasserstoff ist der nachhaltige Energieträger der Zukunft. Von der Leyen besiegelte eine Übereinkunft mit Kasachstan und Namibia über die Zusammenarbeit bei der Produktion von grünem Wasserstoff und die Lieferung von kritischen Rohstoffen wie Lithium. Mit Ägypten wurde eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet.

>>

UKRAINE

Von der Leyen kündigt weitere Hilfen an

Die EU-Kommission schlägt für das kommende Jahr monatliche Hilfen für die Ukraine von je 1,5 Milliarden Euro vor, insgesamt 18 Milliarden Euro. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte, es gehe für das Land um das tägliche Überleben, „um das absolute Minimum bezahlen zu können: Gehälter für Militär- und Sicherheitskräfte, Gehälter für Lehrer und Ärzte in Krankenhäusern und auf dem Land, Renten für Rentner und andere unentbehrliche Zahlungen“.

Bisher hat Team Europa mehr als 19 Milliarden Euro an finanzieller Unterstützung, Budgethilfe und humanitärer Hilfe für die Ukraine mobilisiert.

Finanzhilfen

“ Wir fahren nicht auf dem Highway zur Hölle, sondern wir verdienen uns ein sauberes Ticket zum Himmel. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

- >> > **Wald-Partnerschaften:** In Scharm el-Scheich wurde mit fünf Ländern – Guyana, Mongolei, Sambia, Uganda und Republik Kongo – eine Kooperation zum Schutz der Wälder vereinbart. Bei der Vorläuferkonferenz COP26 im Vorjahr in Glasgow hatte die EU im Rahmen der Global Forests Finance Pledge zugesagt, bis 2027 eine Milliarde Euro für den weltweiten Schutz der Wälder zu mobilisieren.
- > **Klima-Partnerschaften:** Mit Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa erneuerte von der Leyen auf der Konferenz die Zusammenarbeit beim gerechten Klimaübergang (Just Energy Transition – JET). Gemeinsam mit anderen Staaten wie Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den USA fördert die EU den Übergang des Kohleförderlandes in eine nachhaltige Wirtschaft mit 8,5 Milliarden Dollar. Ähnliche Partnerschaften für einen gerechten Klima-Übergang mit Indonesien, Vietnam, dem Senegal und Indien werden folgen.
- > **Pharma-Kooperation:** Mit Ruanda und Barbados vereinbarte die EU eine enge Zusammenarbeit mit dem Ziel, Arzneimittel klimafreundlich vor Ort herzustellen. Die Präsidentin erklärte: „Die Welt muss auf künftige Pandemien besser vorbereitet sein. Unser Ziel: Die Mehrheit der Medikamente, die vor Ort benötigt werden, muss auch vor Ort hergestellt werden.“

Umsetzung des Grünen Deals

Mit dem europäischen Grünen Deal hat die EU das Ziel ausgegeben, bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu werden. Das erfordert ehrgeizige Einsparungen beim Ausstoß von Klimagasen in Europa bis zum Ende des Jahrzehnts. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament verständigten sich auf eine strengere Lastenteilungsverordnung (Effort Sharing Regulation – ESR). Damit werden die europäischen Klimaziele in den Bereichen Verkehr, Gebäude, Abfall und Landwirtschaft verschärft. In diesen Sektoren sinkt der Ausstoß an Treibhausgasen bis 2030 (bezogen auf das Jahr 2005) europaweit insgesamt um 40 Prozent, 11 Punkte mehr als bisher geplant. Um dieses gemeinsame Ziel zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten ihre Emissionen unterschiedlich stark verringern. Die nationalen Einsparziele variieren dabei von 10 Prozent in Bulgarien bis 50 Prozent in Ländern wie Deutschland (siehe Grafik).

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament hatten zuvor bereits eine Initiative der EU-Kommission gebilligt, die Emissionen von Neuwagen bis 2030 um 55 Prozent zu senken. Von 2035 an werden in der EU dann keine Neuwagen mit erdölbasierten Verbrennungsmotoren mehr zugelassen. Timmermans betonte: „Die Übereinkunft sendet ein starkes Signal an Industrie sowie Verbraucherinnen und Verbraucher: Europa bekennt sich zum Übergang zur emissionsfreien Mobilität.“ (pr)

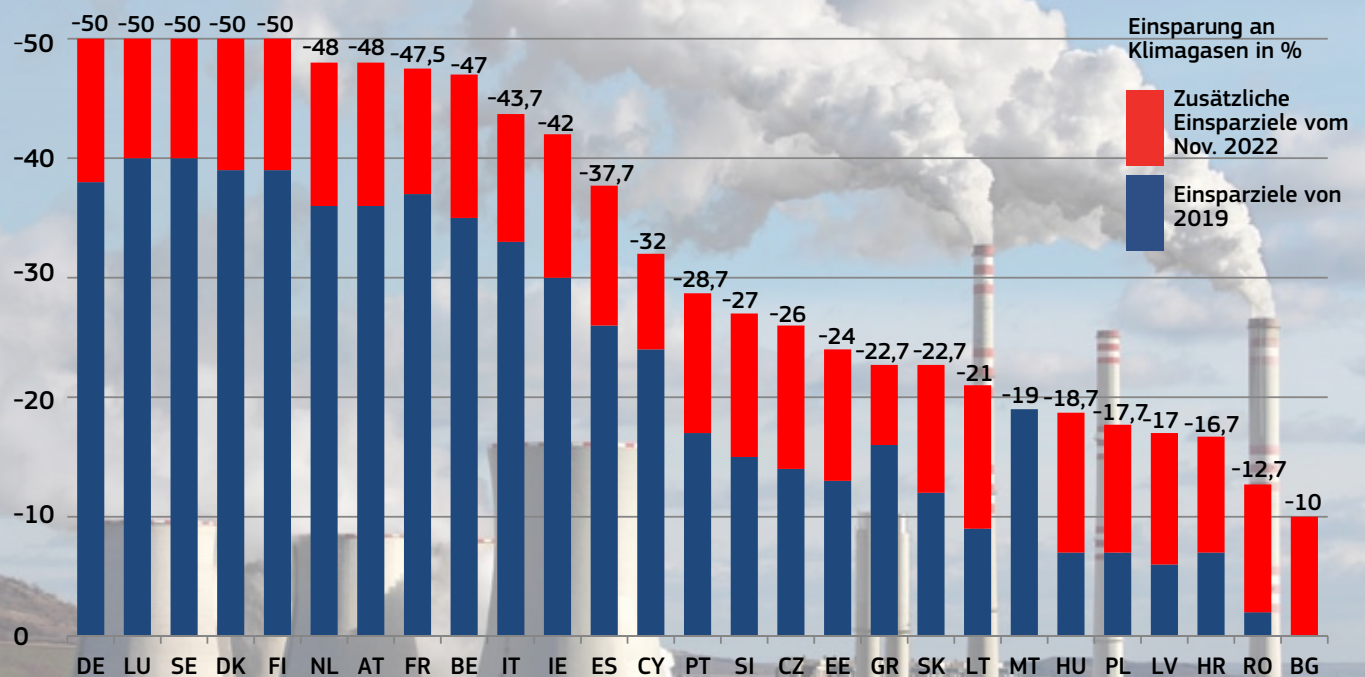
UN-Klimakonferenz

Europas Klimaleistungen

Mit dem europäischen Grünen Deal hat die EU das Ziel gesetzlich verankert, bis 2050 klimaneutral zu wirtschaften. Das Klimagesetz „Fit für 55“ schreibt fest, die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 (bezogen auf das Basisjahr 1990) um mindestens 55 Prozent zu verringern. Die Initiative REPowerEU macht Europa bis spätestens 2027 von Erdgas aus Russland unabhängig, der Anteil erneuerbarer Energien wie Solar und Wind wird bis 2030 auf 45 Prozent ausgebaut.

Nationale Klima-Einsparziele

(für die Bereiche Verkehr, Gebäude, Abfall und Landwirtschaft, bezogen auf das Basisjahr 2005)



Quelle: Rat der Europäischen Union

Foto: Shutterstock

BINNENMARKTKOMMISSAR BRETON

„Der Vogel fliegt in Europa nach unseren EU-Regeln“



Nach der Übernahme des Kurznachrichtendienstes Twitter durch Elon Musk hat EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton das Unternehmen an die Einhaltung des europäischen Gesetzes über digitale Dienste erinnert. Breton erklärte: „Twitter fliegt in Europa nach unseren EU-Regeln.“ Auf Initiative der EU-Kommission hatten Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament im Oktober das Gesetz über digitale Dienste – Digital Services Act (DSA) – besiegelt. Die Regelung greift von 2024 an und legt Pflichten digitaler Dienstleister wie Twitter, TikTok und Facebook fest. So wird die Verbreitung illegaler Inhalte wie Hassreden oder Terrorpropaganda untersagt. Breton umschrieb den Grundsatz der Regelung wie folgt: „Was offline illegal ist, sollte auch online illegal sein.“

Bereits zum 1. November trat in der EU das Gesetz über digitale Märkte – Digital Markets Act (DMA) – in Kraft. Die Verordnung legt Grundsätze für digitale Marktplätze wie Amazon und Google fest. Seit September unterhält die EU zudem ein eigenes Büro für digitale Diplomatie in San Francisco. Leiter Gerard de Graaf, erklärte nach der Twitter-Übernahme: „Was seine Aktivitäten in Europa betrifft, muss sich auch Twitter an das Gesetz über digitale Dienste halten.“

Digitales Grundgesetz

FISKALPOLITIK

Vorschlag für Ergänzung des Stabilitätspakts

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag zur Überarbeitung des Stabilitäts- und Wachstumspakts vorgelegt. Unter anderem regt sie an, mit den Mitgliedstaaten zielgenaue Wege zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik zu vereinbaren. Zudem werden den Eurostaaten mehr Chancen für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung eröffnet, gleichzeitig wird mehr Zeit zum Schuldenabbau eingeräumt. Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Währungsfragen, erklärte: „Wir wollen Wachstum und Stabilität auf das gleiche Niveau bringen.“

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt legt haushaltspolitische Eckdaten für die 19 Eurostaaten fest, kurz auch Maastricht-Kriterien genannt. So soll die Gesamtverschuldung 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft nicht übersteigen, die Neuverschuldung ist auf 3 Prozent der Wirtschaftsleistung begrenzt. Wegen der Herausforderungen durch Pandemie und Russlands Krieg in der Ukraine hat die Kommission den Pakt bis Ende 2023 ausgesetzt.

Stabilitäts- und Wachstumspakt

BERLINER REDE

Einsatz für die Demokratie angemahnt

EU-Justizkommissar Didier Reynders hat zum Engagement für Rechtsstaat und Demokratie aufgerufen. Reynders sagte in der diesjährigen Humboldt-Rede in Berlin: „Viele von uns haben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu lange für selbstverständlich gehalten. Heute sehen wir klar: Wir müssen für unsere Demokratien kämpfen.“ Reynders war zwei Tage zu Besuch in Berlin, unter anderem für Gespräche im Deutschen Bundestag. Dabei ging es auch um einen Dialog über den jährlichen Rechtsstaatsbericht der Kommission und seine spezifischen Empfehlungen für Deutschland, etwa bei der Richterbesoldung.

Der Kommissar bekräftigte in seiner Rede die Wirksamkeit des EU-Rechtsstaatsmechanismus. Das Verfahren sieht den Entzug von EU-Geldern vor, wenn Mitgliedstaaten rechtsstaatliche Kriterien nicht einhalten. So hatte die EU zuletzt Mittel für Ungarn vorläufig ausgesetzt und weitere gesetzliche Schritte zum Schutz des Rechtsstaats in dem Land angemahnt.

Rechtsstaatsdialog

URLAUBSWOHNUNGEN

Kommission pocht auf mehr Transparenz der Daten von Vermietungsplattformen

Die EU-Kommission dringt auf einheitliche Regeln für Vermittler von Ferienunterkünften wie Airbnb und Booking innerhalb Europas. Um mehr Transparenz zu erreichen, sollen Plattformen ihre Vermietungszahlen den Behörden regelmäßig zur Verfügung stellen. Der Vorschlag zielt darauf ab, die derzeitige Fragmentierung in der EU bei der Weitergabe von Daten durch Online-Plattformen zu beenden und illegale Vermietungspraktiken zu verhindern. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“, erklärte: „Der Sektor der Kurzzeitvermietung von Unterkünften wurde durch die Plattformwirtschaft angekurbelt, hat sich aber nicht mit ausreichender Transparenz entwickelt.“

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte 2020 geurteilt, dass Städte Vorgaben für Vermieter und Vermietungsplattformen erlassen können. Derzeit werden rund ein Viertel der Übernachtungen in der Europäischen Union über Vermietungsplattformen gebucht.

Kurzzeitmiete

ERWEITERUNG

Von der Leyen kündigt Energie-Hilfen für Länder des westlichen Balkans an

Die EU vertieft die Zusammenarbeit mit den Staaten des westlichen Balkan. Auf einem Treffen in Berlin sicherte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Staats- und Regierungschefs der sechs Länder Energie-Hilfen in Höhe von einer Milliarde Euro zu. Von der Leyen erklärte: „Wir wissen, dass es sich bei diesen Zusagen um Investitionen in den Frieden, die Stabilität und den Wohlstand in ganz Europa handelt.“



© European Union, 2022

Das Westbalkan-Treffen ist Teil des Berliner Prozesses, der die regionale Zusammenarbeit sowie die europäische Perspektive der Region fördern soll.

> Die Hälfte der bereitgestellten Mittel fließt in kurzfristige Energie-Hilfen für den kommenden Winter, die andere Hälfte dient mittelfristig dem Ausbau von Energieinfrastruktur und erneuerbaren Energien in den sechs Partnerländern der Region: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien sowie Serbien. Von der Leyen betonte die strategische Bedeutung der Zusammenarbeit und erklärte: „Je länger der russische Krieg andauert, desto entschlossener sind wir, zusammenzuhalten und standzuhalten.“

Drei Abkommen besiegelt

Das Treffen im Bundeskanzleramt ist Teil des Berliner Prozesses. Dieser wurde 2014 angestoßen, um die Staaten des westlichen Balkans auf ihrem Weg in die EU zu unterstützen. Von der Leyen hatte vor den Gesprächen in Berlin die Region bereist und den Ländern die weitere europäische Unterstützung auf dem Weg in die EU zugesichert. Die Präsidentin erklärte: „Die Europäische Union steht an Ihrer Seite.“

In Berlin unterzeichneten die sechs Staaten drei Abkommen, die den Kern zu einem regionalen Binnenmarkt auf dem Westbalkan bilden. So stimmt ein Vertrag die Klimaschutzmaßnahmen der Region auf den Grünen Deal der EU ab, eine Übereinkunft zielt auf die Verringerung von Kunststoffabfällen, ein weiteres Abkommen regelt die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Ausweispapieren. Die Regelungen wurden

auch von Serbien unterzeichnet, das den Kosovo bislang nicht anerkennt.

Beitrittsperspektive bekräftigt

Von der Leyen hatte bereits in ihrer diesjährigen Rede zur Lage der Union die Beitrittsperspektive der sechs Staaten betont und erklärt: „Wir sollten alles dafür tun, diesen demokratischen Kern zu erweitern. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir die Beziehungen untereinander vertiefen und die Demokratien auf unserem Kontinent stärken.“ So hatte die EU-Kommission zuletzt in ihrem Erweiterungsbericht empfohlen, Bosnien und Herzegowina den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen – wenn das Land noch eine Reihe von Reformschritten geht. Etwa beim Kampf gegen Korruption und beim Ausbau des Rechtsstaats.

Montenegro (2010) und Serbien (2012) wurde bereits der Kandidatenstatus zuerkannt. Mit Albanien und Nordmazedonien nahm die EU im Juli dieses Jahres Beitrittsverhandlungen auf. Von der Leyen lobte die Reformanstrengungen der beiden Länder und erklärte zum offiziellen Start der Beitrittsgespräche: „Sie haben all diese Veränderungen nicht nur deshalb durchgeführt, weil sie auf Ihrem Weg in die Europäische Union notwendig waren, sondern vor allem deshalb, weil sie gut für Ihre Länder sind. Bereits jetzt hat sich die Lebensqualität in Ihren Ländern verbessert. Wir, die Europäische Kommission, haben Sie die ganze Zeit unterstützt. Und wir werden das auch weiterhin tun.“

Im Rahmen der EU-Strategie Global Gateway hatte die EU-Kommission angekündigt, in den kommenden Jahren 30 Milliarden Euro für die Region zu mobilisieren. Im Februar dieses Jahres waren 3,2 Milliarden Euro freigegeben worden. Sie fließen in Klimaschutz, Digitalisierung und nachhaltige Verkehrswege. So werden unter anderem der Ausbau der Bahnlinie von der nordmazedonischen Hauptstadt Skopje an die bulgarische Grenze gefördert und Investitionen in Solarenergie unterstützt. Auf ihrer jüngsten Reise in die Region hatte von der Leyen den Ausbau des Ivan-Tunnels in Bosnien und Herzegowina gewürdigt und betont: „Der von der EU geförderte Tunnel wird die Verbindung von Mostar nach Sarajewo und weiter nördlich nach Budapest verbessern.“ (pr) >|

Westbalkan-Gipfel

Borrell ruft zu Mäßigung auf

Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU-Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik, hat Kosovo und Serbien im jüngsten Streit um die Anerkennung von Nummernschildern zur Zurückhaltung aufgerufen. Er erklärte: „Die jüngsten Entwicklungen setzen die Ergebnisse jahrelanger Arbeit aufs Spiel.“ Kosovo hatte 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt und setzt seit Anfang November kosovarische Kennzeichen auch im mehrheitlich von Serben bewohnten Norden des Landes durch. Vertreter der Serben im Kosovo hatten sich daraufhin von öffentlichen Ämtern zurückgezogen. Die EU vermittelt seit Jahren zwischen den beiden Parteien.

SICHERHEIT

Die EU baut ihre **Kapazitäten** in der **Militär-Logistik** und **Cyberabwehr** aus

Die EU-Kommission will die gemeinsamen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten in der militärischen Mobilität und der Cybersicherheit erhöhen und hat dazu zwei Initiativen vorgelegt. Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager erklärte: „Es ist an der Zeit, unsere Verteidigung zu stärken, um uns zu schützen und unsere Werte.“ Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, ergänzte: „Wir müssen unsere Verteidigungspolitik an die neuen Realitäten anpassen.“

> Der Cyberraum ist der neue Kriegsschauplatz. Die militärische Abwehr im Internet gilt als fünfte sicherheitspolitische Dimension neben Land, See, Luft und Weltraum. Bereits unmittelbar vor der russischen Invasion in der Ukraine im Februar dieses Jahres waren Cyberangriffe auf Satellitensysteme registriert worden. Die Angriffe kappten schnelle Interverbindungen und galten nicht allein militärischen Zielen in der Ukraine, sondern trafen auch kritische Infrastruktur in der EU wie etwa Windparks. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton erläuterte: „Cyberangriffe sind allgegenwärtig. Es ist an der Zeit, unsere Zusammenarbeit in der Cyberabwehr zu stärken, um zu schützen, zu verteidigen, Angriffe aufzudecken und andere abzuschrecken.“

Die beiden Initiativen der Kommission zielen auf:

> **Stärkung der Cybersicherheit:** Der vorgelegte Vorschlag strebt eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Cyberabwehr und eine bessere Kooperation zwischen zivilen und militärischen Stellen sowie öffentlicher Hand und Privatwirtschaft an. Daneben sieht der Vorstoß den Ausbau der eigenen europäischen Cyberfähigkeiten vor. „Die Mitgliedstaaten müssen sich mit Dringlichkeit und Vorrang verpflichten, Investitionen in das volle Spektrum von Fähigkeiten zur Cyberverteidigung zu leisten“, heißt es in dem Vorschlag der Kommission. Die Koordination zwischen den Mitgliedstaaten soll ein europäisches Zentrum übernehmen. Die sicherheitspolitische Lage wird zudem in einem jährlichen Bericht erfasst. Bereits seit 2004 unterhält die EU eine eigene Agentur für Cybersicherheit: ENISA (European Network and Information Security Agency). Um Europa gegen Angriffe aus dem Netz zu wappnen, hatte die EU-Kommission vor zwei Jahren eine EU-Strategie für Cybersicherheit vorgelegt. Zudem hatte die Kommission eine schnelle



© T. Schneider / Shutterstock.com

Eingreiftruppe zur Cybersicherheit vorgeschlagen.
> **Bessere militärischen Mobilität:** Die Verlegung von Truppen und schwerem militärischem Gerät stellt besondere Anforderungen an die zivile Infrastruktur. Die EU-Kommission schlägt einen Aktionsplan zur militärischen Mobilität 2.0 für die Jahre bis 2026 vor. Ziel ist es, Truppen und schweres Gerät schneller grenzüberschreitend verlegen zu können. Dazu wird in Verkehrswege wie Häfen, Bahnverbindungen und Digitalisierung investiert, um die Infrastruktur an militärische Anforderungen anzupassen.

Das Sicherheitsumfeld hat sich durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine verschlechtert, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der Infrastruktur muss gestärkt werden.

“ Mit diesen Vorschlägen stärken wir Europas Sicherheit. ”

Margrethe Vestager,
Exekutiv-Vizepräsidentin
der EU-Kommission

Zudem soll die Infrastruktur gegen Cyberangriffe gestärkt werden. Nach einer ersten Analyse hatte die Kommission im April dieses Jahres Investitionen von 339 Millionen Euro in mehr als zwanzig Infrastrukturprojekte angeschoben, die auch den besonderen militärischen Herausforderungen dienen. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau der Funk-Infrastruktur im Norden Deutschlands.

Für das kommende Jahr plant die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm eine Weltraumstrategie der EU für Sicherheit und Verteidigung sowie eine neue EU-Strategie für maritime Sicherheit. Schon im Juli wurde eine Initiative für gemeinsame verteidigungspolitische Entwicklungsvorhaben aufgelegt. So werden 1,2 Milliarden Euro investiert, um mehr als sechzig Entwicklungsvorhaben im Verteidigungsbereich voranzutreiben. Das Geld stammt aus dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF), der bis 2027 mit 8 Milliarden Euro ausgestattet ist. (pr) >|

EUROPA VOR ORT

EU-Kommission fördert **gendergerechte Haushaltsführung** in Deutschland

Ein wenig muss man Ziffern schon mögen in der Finanzpolitik, aber dann lässt sich viel bewegen. Alina Zimmermann sagt über die Macht der Zahlen: „Haushaltsplanung ist ein wichtiges politisches Steuerungsinstrument.“



Gender Budgeting treibt die Gleichstellung der Geschlechter mit den Mitteln der Haushaltspolitik voran.

> Zimmermann ist beim Berliner Senat zuständig für geschlechtergerechte Haushaltsführung. Von Gender Budgeting sprechen Expertinnen und Experten. Zimmermann umschreibt ihre Aufgabe so: „Im Großen und Ganzen geht es darum, dass die Haushaltsmittel geschlechtergerecht ausgegeben werden und wir so einen gleichen Zugang zu öffentlichen Haushaltsmitteln sicherstellen.“

Rund 37,4 Milliarden Euro beträgt der Haushalt des Landes Berlin für das laufende Jahr. Gender Budgeting analysiert, wer von Ausgaben und Investitionen wirklich profitiert. Haushaltstitel für Haushaltstitel wird der Anteil ermittelt, der der Gleichstellung zugutekommt. Das reicht bis hinunter zu den Bezirken – von der Nutzung kommunaler Sportflächen über Musikerziehung bis zu Volkshochschulkursen. Zimmermann erläutert: „Öffentliche Haushalte bilden Verteilungsverhältnisse ab und sind Ausdruck von politischen Prioritätensetzungen. Diese werden im Haushalt mit unseren Zahlenanalysen offengelegt.“ In einem nächsten Schritt werden dann Ziele und Umfinanzierungen bestimmt, so wird die Gleichstellung mit den Mitteln der Haushaltspolitik vorangetrieben.

Die Ergebnisse lassen sich zum Beispiel in Berlin-Marzahn erkennen. Dort hatte der Bezirk ermittelt, dass Frauen nur ein Drittel der Mitglieder der Sportvereine stellen, und gegengesteuert: Eine Sportstätte wurden zur Frauensporthalle umgewidmet, der ersten bundesweit.

Die Gleichstellung ist auch ein zentrales Anliegen der EU-Kommission. Die Prioritäten sind in der EU-Strategie für die Gleichstellung von Männern und Frauen 2020 bis 2025 zusammengefasst. Es geht zum Beispiel um den Kampf gegen geschlechterbezogene Gewalt, Abbau des Lohn- und Rentenlücken zwischen Männern und Frauen oder eine Frauenquote in Aufsichtsräten. Und es geht um geschlechtergerechte Haushaltsführung. So wird auch bei der Vergabe von EU-Mitteln der Geschlechter-Effekt analysiert. Nun treibt die EU-Kommission das Vorhaben europaweit voran und fördert die gendergerechte Haushaltsführung.

In Deutschland unterstützt die Kommission neben Berlin auch Hamburg und Sachsen-Anhalt bei der Erstellung von Haushaltsplänen, die Gleichstellung berücksichtigen. Technische Unterstützung – Technical Support Initiative (TSI) – heißt die Strategie des Förderns und Vernetzens im Fachjargon. Zimmermann erläutert: „Das beinhaltet Beratungen und Analysen, aber auch Workshops, Präsentationen von Best-Practice-Beispielen und Austauschformate mit anderen Staaten, Städten und Gebietskörperschaften.“ Zimmermann etwa hat im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Städten anderer Mitgliedstaaten viel Positives gelernt. Sie sagt über die Vorteile der europäischen Zusammenarbeit: „Die mehrtägigen verpflichtenden Gender-Budgeting-Fortbildungen, wie Straßburg das praktiziert, oder niedrigschwellige E-Learning-Formate wie in Irland werden wir uns in Berlin auf jeden Fall noch näher anschauen.“

Berlin gehört europaweit zu den Vorreitern bei der gendergerechten Haushaltsführung. 2002 wurde die Einführung von Gender Budgeting durch das Berliner Abgeordnetenhaus besiegelt. Für Städte und Gemeinden, die ebenfalls Gleichstellung in ihrer Haushaltsführung fördern wollen, hat Zimmermann einen einfachen Rat: „Mit einem Pilotprojekt anfangen – etwa der Verwendung der Mittel für Sportanlagen oder personengebundene Förderungen im Bereich Wirtschaft. Dort erste Erfahrungen sammeln und dann zügig tragfähige Strukturen für die Steuerung, das Controlling und die politische Verantwortung aufbauen. Damit kann das Gender Budgeting dann Schritt für Schritt auf weitere Verwaltungsebenen ausgeweitet werden.“ (pr) >|

Gender-Index

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) erstellt einen jährlichen Gleichstellungsindex. Im jüngsten Bericht für das Jahr 2022 liegt Schweden mit 83,9 von 100 Punkten an der Spitze. Gefolgt von Dänemark (77,8) und den Niederlanden (77,3). Deutschland liegt mit 68,7 Punkten leicht über dem EU-Durchschnitt von 68,6 Punkten.

Die für Gleichstellung zuständige EU-Kommissarin Helena Dalli betont: „Wir sind entschlossen, unsere Bemühungen zu verstärken und weiter voranzuschreiten und werden nicht zulassen, dass Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter zurückgenommen werden.“ Der Index unter: <http://bit.ly/3A2qclly>

Europa in Zahlen

8.600

Quadratkilometer Baumbestand sind in diesem Jahr in der EU bereits durch Waldbrände vernichtet worden. Das ist die zweitgrößte Fläche seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2006. Nur 2017 hatten Feuer mit rund 10.000 Quadratkilometern noch mehr Wald in der EU zerstört. Das geht aus dem Waldbrandbericht der gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission – Joint Research Center (JRC) – hervor. Demnach sind im vergangenen Jahr rund 5.500 Quadratkilometer Wald in Flammen aufgegangen, das entspricht der zweifachen Fläche des Saarlandes.

EU-Forschungskommissarin Mariya Gabriel erklärte: „Durch die Kombination aus nie da gewesenen Dürreperioden und Hitzewellen während des Sommers waren Vegetation und Wälder in ganz Europa beispiellosen Belastungen ausgesetzt.“ In Deutschland wurden im Vorjahr 1,47 Quadratkilometer Baumbestand durch Waldbrände vernichtet, gut die Hälfte davon in den Bundesländern Bayern und Brandenburg.

Waldbrandbericht

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 14.11.2022 18.00–20.00 Uhr	„What the 2022 Midterm Elections mean for Germany and Europe“ Diskussionsveranstaltung (auf Englisch) Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Kinosaal des Dortmunder U Leonie-Reygers-Terrasse 44137 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/event/what-the-2022-midterm-elections-mean-for-germany-and-europe/
> 17.11.2022 18.30–20.30 Uhr	„#Mehrwert Europa: Nachhaltige Landwirtschaft, ein Luxus für Friedenszeiten?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter:	Alte Utting Lagerhausstraße 15 81371 München	www.europar.europa.eu/germany/de/verbindungsba%20C3%BCrom%20C3%BCnchen/mehrwert_europa_nov22
> 18.–19.11.2022 09.00 Uhr	„Möglichkeiten und Förderhilfen für Auslandsaufenthalte in der Ausbildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: MeinAuslandspraktikum, EuroApprentices	Messe Berlin Halle 1.1 Messedamm 22 14055 Berlin	www.meinauslandspraktikum.de/
> 23.11.2022 19.00–20.30 Uhr	„Digital in Europa, Digital in Dortmund? – lokale Perspektiven auf die Digitale Dekade der EU“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Online	www.europe-direct-dortmund.de/event/digital-in-europa-digital-in-dortmund-lokale-perspektiven-auf-die-digitale-dekade-der-eu/
> 24.11.2022 16.30 Uhr	„Online-Shopping zur Weihnachtszeit – Ihre Rechte in der EU“ Informationsveranstaltung Veranstalter: EIZ-Niedersachsen	Online	www.eiz-niedersachsen.de/aktuelles/veranstaltungen/aktuelle-veranstaltungen/
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



AUSSCHREIBUNG

Medienförderung für Projekte zur Europawahl 2024

Das Europäische Parlament schreibt Förderungen für Medienprojekte aus, die Informationen über die Europawahl 2024 und das Parlament verbreiten und eine möglichst breite Debatte darüber anregen. Die geförderten Projekte sollen unter anderem regelmäßige, verlässliche und überparteiliche Informationen über die Europawahl 2024 und die politische und legislative Arbeit des Europäischen Parlaments bereitstellen. Ein weiteres Ziel ist die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen der Zivilgesellschaft in die Debatte über die Europawahl 2024. Gefördert werden können Medienprojekte von Presseagenturen, Fernsehsendern, Radiosendern, Printmedien und digitalen Medien. Der Kofinanzierungsanteil beträgt maximal 70 Prozent der gesamten Projektkosten. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 26. Januar 2023.



© Piotr Velixar / Shutterstock

Ausschreibung

JUGEND FÜR EUROPA

Ab 2023 Nationale Agentur für Erasmus+ Sport

Ab 2023 wird JUGEND für Europa die Nationale Agentur für Erasmus+ Sport. Damit startet die lang erwartete Mobilität von Fachkräften im Sport und eröffnet neue Möglichkeiten für den Breitensport in Deutschland und Europa. Das haupt- und ehrenamtliche Personal aus Organisationen des Breitensports ist eingeladen, über einen europäischen Auslandsaufenthalt seine Kompetenzen zu erweitern, eigene Kenntnisse und neue Impulse in beide Richtungen zu tragen und so die Entwicklung des Breitensports voranzubringen. Mit seiner europäischen Dimension unterstützt Erasmus+ auch die gesellschaftspolitische Relevanz des Breitensports in wichtigen Themenfeldern. Die erste Antragsfrist zur neuen Fördermöglichkeit wird voraussichtlich Ende Februar 2023 sein.



© Shutterstock

Erasmus+ Sport

ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Lebensmittel-Verpackungen sollen sicherer werden

Die EU-Kommission will Lebensmittel sicherer machen und dazu die EU-Gesetzgebung für Lebensmittel-Kontaktmaterialien (Food contact materials, FCM) überarbeiten. Sie bittet alle interessierten Kreise, sich bis zum 11. Januar 2023 in einer öffentlichen Konsultation einzubringen. Es geht insbesondere darum, den Einsatz von gefährlichen Chemikalien zu verringern und innovative und umweltfreundliche Verpackungslösungen zu unterstützen. Unter Lebensmittel-Kontaktmaterialien versteht man alle Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, wie Verpackungen und Behälter, Küchenutensilien, Besteck und Geschirr. Diese können aus einer Vielzahl von Materialien bestehen, etwa aus Kunststoff, Gummi, Papier oder Metall. Außerdem umfassen sie Artikel, die bei der Herstellung und dem Transport von Lebensmitteln verwendet werden.



© Shutterstock

Öffentliche Konsultation

EUROPÄISCHES HOCHSCHULNETZWERK

384 Millionen Euro für neue Bewerbungsrunde

Die EU-Kommission hat die vierte Bewerbungsrunde für Vorschläge zur Verbreitung der Initiative „Europäische Universitäten“ auf den Weg gebracht. Zur Verfügung steht ein Rekordbudget von insgesamt 384 Millionen Euro, Bewerbungen können bis zum 31. Januar 2023 eingereicht werden. Bislang sind 68 Hochschulen in Deutschland als Koordinatoren oder Partner an der Initiative beteiligt.

Mit der Aufforderung 2023 soll die transnationale Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen weiter gefördert werden und die Möglichkeit, völlig neue Allianzen zu gründen. Darüber hinaus wird ein Exzellenzsiegel als Qualitätssiegel für Vorschläge vergeben, die zwar als hochwertig bewertet und eingestuft wurden, aber im Rahmen dieser Erasmus+-Aufforderung nicht gefördert werden konnten, um die Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu erleichtern. Wie im Jahr 2022 haben auch einzelne Hochschuleinrichtungen die Möglichkeit, sich bestehenden Allianzen anzuschließen. Die Partnerschaft wird 2023 für Hochschuleinrichtungen aus den westlichen Balkanländern geöffnet.

Europäische Universitäten